



Exklusiv von stern-Karikaturist Tili Meete

Megagescheitert - nicht nur Herr Multikulti!

Teils bestürzt, teils hoch zufrieden wird weltweit das Ableben eines gewissen Herrn Multikulti diskutiert. Mit den dünnen Worten „Multikulti ist tot“ hatte Horst Seehofer die ernste Nachricht überbracht – gefasst, aber doch innerlich auch bewegt. Aufmerksame Zeitgenossen haben die Nachricht freilich schon erwartet, schließlich war schon länger nichts mehr von diesem Herrn Multikulti zu lesen oder zu hören gewesen.

Naja, sicher hängt er als hageres Männchen zusammen mit Frau „Bildungsgerechtigkeit“, Fräulein „Wohlstand für alle“ und Herrn „Vollbeschäftigung“ in einem Pflegeheim herum und spielt Bingo. So hatte man vermutet. Nicht ganz klar war einem aber, dass Herr Multikulti vor seinem Tod auch noch gescheitert ist, und zwar „absolut gescheitert“, wie die Kanzlerin vermeldete.

Das ist natürlich nicht nur bitter, sondern wirft zudem die Frage auf: Womit eigentlich? Die Kanzlerin erklärte es in etwa so: Dieser Herr Multikulti hatte die Idee, dass alle hier so nebeneinander herleben und sich übereinander freuen.

Also so, dass die einen denken, ah super, jetzt geh ich mal zum Türken und hol' noch paar leckere Pasteten raus. Und die anderen denken dann, super, jetzt hol ich mir bei diesem Deutschen einen schmackigen Leberkäs.

So etwa soll sich das Herr Multikulti vorgestellt haben. Und genau an dieser Idee ist er nun „absolut gescheitert“ und deshalb auch absolut tot! Weil halt einfach insgesamt zu wenig Leberkäse wegging – ob dabei religiöse oder geschmackliche Gründe ausschlaggebend waren, ist noch nicht ganz geklärt. Als Nachfolger schlug Horst Seehofer jetzt den Herrn „Deutsche Leitkultur“ vor.

Beobachter weisen allerdings darauf hin, dass dieser Herr nicht nur viel älter ist als Herr Multikulti je geworden ist, sondern bereits mehrere Male gescheitert, megagescheitert, könnte man vielleicht sagen.

TOR SCHMITZ

Der Höhenflug der Grünen

Den Grünen scheint im Moment so ziemlich alles zu glücken. Jede Umfrage bringt ihnen neue Rekordwerte, und politische Entscheidungen wie Stuttgart 21 oder die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken nützen ihnen sehr. Ist das eine Momentaufnahme, weil die anderen Parteien so schwach sind, oder werden die Grünen zur Volkspartei? Der Höhenflug der Grünen scheint auf Dauer zu angelegt.

VON LOTHAR PROBST

Die Grünen scheinen im Moment vor Kraft nur so zu strotzen. In den Umfragen erreichen sie Spitzenwerte von 20 Prozent, in einigen Bundesländern nähern sie sich sogar der 30 Prozent-Marke. Schon wird über die Grünen als neue „Volkspartei“ diskutiert. Obwohl die Grünen solche Zuschreibungen von sich weisen, hört man neue Töne von ihnen. So sagte Renate Künast jüngst in einem Interview: „Dass wir die linke Mitte sind, heißt nicht, das wir allein die kurzfristigen Interessen der Mitte vertreten. Sondern uns geht's ums Ganze, wir machen Politik fürs ganze Land.“

Direkt nach der Bundestagswahl 2005 wäre niemand auf die Idee gekommen, den Grünen ihren derzeitigen Höhenflug vorherzusagen. Der Verlust der Regierungsbeteiligungen in Bund und Ländern und das Schrumpfen zur kleinsten Fraktion im Deutschen Bundestag brachten einen schmerzhaften Bedeutungsverlust mit sich. Gleichzeitig stürzten die unklaren Machtverhältnisse an der Spitze der Partei nach dem Abgang von Joschka Fischer und das Bedürfnis der Parteibasis, sich von den Entscheidungen der rot-grünen Regierungsjahre zu distanzieren, die Grünen mehrfach in eine Formkrise. Auch die Wettbewerbssituation unter den kleinen Parteien hatte sich seit der Bundestagswahl 2005 grundlegend verändert. Neben der SPD wurde die Linke im Westen zu einem weiteren ernst zu nehmenden Konkurrenten um den ersten Platz unter den kleinen Parteien. Bei der Bundestagswahl 2009 schließlich wurden die Grünen wiederum nur fünftstärkste Partei, und von einer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene waren sie nach dem souveränen Sieg von Schwarz-Gelb weiter entfernt als zuvor.

Programmatische Erneuerung

Wie kann man sich angesichts dieser erüchtenden Bilanz zwischen der Bundestagswahl 2005 und 2009 den gegenwärtigen Höhenflug der Grünen erklären? Es liegt nahe, die guten Umfragewerte auf die internen Konflikte der Regierungskoalition, die Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 und die wiederbelebte Anti-Atomkraft-Bewegung zurückzuführen – also auf konjunkturelle Faktoren.

Tatsächlich spielen all diese Faktoren den Grünen in die Hände, aber dennoch greifen sie als Erklärung zu kurz. Sie übersehen, dass sich die gegenwärtigen Umfragewerte in einen stabilen Trend einreihen, der den Grünen bereits seit längerem in bestimmten Bevölkerungsschichten und Regionen Ergebnisse um die 20 Prozent und mehr beschert. Obwohl Europawahlen wegen der geringen Wahlbeteiligung nur ein ungenauer Gradmesser sind, zeigen sie

dennoch die Stärke der Grünen. Bei diesen Wahlen können sie ihre gebildete und europapolitisch interessierte Wählerschaft optimal mobilisieren und in Universitäts- und Großstädten Ergebnisse zwischen 20 und 30 Prozent erzielen (in Bremen erreichten die Grünen bei der Europawahl 2009 22,1 Prozent).

Überhaupt sind urbane und entwickelte Regionen mit einer starken Bevölkerungsverdichtung die Hochburgen der Grünen. Hier konkurrieren sie mit den Volksparteien zum Teil bereits auf gleicher Augenhöhe. Bei der Bürgerschaftswahl 2007 erzielten die Grünen selbst in den traditionell bürgerlichen Wohn- und Villenvierteln Bremens 20 Prozent Stimmenanteile. In Universitätsstädten wie Freiburg und Tübingen stellen sie mittlerweile den Bürgermeister, und in Stuttgart verpasste Cem Özdemir bei der letzten Bundestagswahl mit 29,9 Prozent nur knapp das Direktmandat.

In den Hochburgen

Aber auch in Flächenstaaten wie Baden-Württemberg und Hessen können die Grünen mit Wahlergebnissen über 10 Prozent aufwarten. Überdurchschnittlich gut sind die Wahlergebnisse in den jüngeren Alterskohorten und bei gebildeten Wählern. Bei den 18- bis 46-Jährigen lag das durchschnittliche Wahlergebnis der Grünen bei der letzten Bundestagswahl bei etwa 14 Prozent. Nur das unterdurchschnittliche Abschneiden bei den über 60-Jährigen drückt die Grünen bisher nach unten. Da aber ein Teil der grünen Wählerschaft langsam in die Altersgruppe der über 60-Jährigen aufrückt, werden sich die Wahlergebnisse in dieser Kohorte künftig eher verbessern.

Unter Hochschulabsolventen und Wählern mit Hochschulreife beträgt der Wähleranteil 18 beziehungsweise 16 Prozent. Alles in allem haben sich die Grünen über 30 Jahre fest in verschiedenen Milieus und Bevölkerungsschichten verankert und ihre elektorale Basis erweitern können. Gleichwohl sind sie von einer Volkspartei, die alle Schichten der Bevölkerung anspricht, noch weit entfernt. Ihre Kernwähler rekrutieren sich aus Beamten, Angestellten und zunehmend auch Selbstständigen, die überwiegend aus dem Bereich der sogenannten kreativen Berufe und der Humandienstleistungen kommen, während Arbeiter deut-

lich unterrepräsentiert sind. Der gegenwärtige Höhenflug basiert also durchaus auf einer soliden elektoralen Ausgangsbasis, lässt sich aber angesichts eines Stammwähleranteils zwischen 8 und 10 Prozent nur unter Zuhilfenahme weiterer Faktoren erklären.

An erster Stelle ist hier die programmatische Erneuerung der Grünen ins Feld zu führen. Nach der Bundestagswahl 2005 begannen sie, ihren ökologischen Markenkern wieder stärker ins Zentrum zu rücken und neu zu definieren. Eine umweltverträgliche Klimapolitik, die energetische Umsteuerung der Gesellschaft sowie eine andere Mobilitäts- und Verkehrspolitik wurden als Kernanliegen moderner Gesellschaften programmatisch neu akzentuiert, ohne in die alten Muster von Katastrophenszenarien zurückzufallen. Die Erneuerung mündete im sogenannten Green New Deal – also der Idee, dass die Gesellschaft einen neuen Vertrag braucht, der Ökologie und Ökonomie nicht länger gegeneinander ausspielt, sondern zum wechselseitigen Nutzen miteinander verbindet.

Dabei kam den Grünen die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Zweifel an einer Politik des bloßen Weitermachens heraufbeschwor, durchaus entgegen. Mit einem Mal entdeckten auch Investoren, Finanzfachleute und Politiker anderer Parteien die Bedeutung neuer, grüner Wachstumsmärkte für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Umwelt- und Klimapolitik als Markenkern der Grünen ist also von der Peripherie ins Zentrum des gesellschaftlichen Diskurses gerückt und längst zu einem harten Politikfeld geworden, das auch andere

Zukunftsfragen der Gesellschaft berührt. Ein weiterer Pluspunkt ist die Art und Weise, in der sich gegenwärtig die grüne Parteielite präsentiert. Als Joschka Fischer 2005 die politische Bühne verließ, sah es zunächst so aus, als würden sich die Grünen in Führungskämpfe verstricken. Aber im Laufe der letzten Legislaturperiode gelang es, die Konkurrenz in geordnete Bahnen zu lenken und stattdessen Teambildung zu betreiben. Renate Künast und Jürgen Trittin einigten sich auf eine gemeinsame Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl 2009, und auch der Übergang an der Parteispitze von Reinhard Buetikofer zu Cem Özdemir verlief reibungslos.

Partei mit vielen Köpfen

Heute präsentieren sich die Grünen an der Spitze als eine Partei mit vielen Köpfen, die durch ihre unterschiedlichen Profile verschiedene Wählersegmente ansprechen: Claudia Roth als „bunter Vogel“, die die emotionale Seite der Politik repräsentiert, Cem Özdemir, der als „türkischer“ Schwabe die Attraktivität der Grünen (nicht nur) für Migranten widerspiegelt, Renate Künast, die die Partei in Richtung bürgerliche Mitte weiter geöffnet hat und mit ihrer direkten Art zu punkten weiß, sowie Jürgen Trittin, der mit zunehmendem Alter seine strategischen Fähigkeiten mit größerer Ruhe und Gelassenheit in die Waagschale wirft.

Gleichzeitig haben die Grünen ihre Parteistrukturen professionalisiert und mit dem Parteirat ein relativ überschaubares Gremium geschaffen, mit dem aufkommende Konflikte bereinigt sowie Grundsatzentscheidungen im kleinen Kreis vor diskutiert werden können. Strömungskonflikte haben insgesamt an Bedeutung

verloren und werden schon im Vorfeld durch die Kommunikation der Parteielite entschärft. Vor diesem Hintergrund heben sich die Grünen als Teamplayer tatsächlich positiv von den anderen Parteien ab, die gegenwärtig alles andere als teamfähig aussehen.

Geschickte Bündnisse

Bei dem Versuch, den Höhenflug der Grünen zu erklären, darf ein Hinweis auf ihre Koalitionspolitik nicht fehlen. Da nach der Etablierung der Linken als gesamtdeutsche Partei Wahlausgänge in der Bundesrepublik häufiger dazu tendieren, Koalitions- und Mehrheitsbildungen entweder arithmetisch oder politisch zu blockieren, sind die Grünen nach 2005 als „Scharnierpartei“ zwischen dem linken und dem bürgerlichen Lager in eine komfortable Lage geraten. Sie werden von beiden Volksparteien als Partner umworben und bei allen Dreierkoalitionen, in welcher Farbschattierung auch immer, gebraucht.

Tatsächlich begannen die Grünen sich langsam von dem rot-grünen Projekt abzunabeln und neue Koalitionsoptionen ins Auge zu fassen. Ein Meilenstein in dieser Hinsicht war 2008 die Bildung einer schwarz-grünen Koalition in Hamburg, die innerparteilich kaum auf größere Widerstände stieß und zugleich den öffentlichen Eindruck einer Linksverschiebung der Grünen relativierte. Mit ihrer bewussten Entscheidung für die schwarz-grüne Koalition in Hamburg wollten die Grünen unterstreichen, dass sie gewillt sind, die sich bietenden Chancen auf Regierungsbeteiligung zu nutzen – selbst wenn dabei gewohnte Pfade verlassen werden mussten. Der Eintritt in eine Jamaika-Koalition im Saarland und die Bildung der Minderheitsregierung in NRW haben seitdem deutlich gemacht, dass die Grünen diesen Weg weiterverfolgen und sich auch zukünftig als Multikoalitionspartei positionieren werden.

Einen Automatismus zurück zu Rot-Grün wird es nicht geben. Ralf Fücks, Vorsitzender der Heinrich Böll Stiftung und Mitglied des Parteirats der Grünen sagte vor Kurzem: „Die Grünen sind heute eine eigenständige politische Strömung, die sich von der Sozialdemokratie ebenso unterscheidet wie von den Christdemokraten und dem Liberalismus Marke FDP. Sie definieren sich über ihre politischen Projekte, nicht über Koalitionen. So können sie gelassen koalitionspolitische Optionen prüfen – was nicht heißt, das alles geht.“ Treffender lässt sich das neue Selbstbewusstsein der Grünen und ihre koalitionspolitische Offenheit kaum ausdrücken.

Bei alledem ist den Grünen offensichtlich durchaus bewusst, dass Umfragewerte keine Wahlergebnisse sind. Führende Vertreter der Grünen treten bereits auf die Euphoriebremse, weil sie wissen, dass mit ihrer Stärke auch eine neue Verantwortung auf sie zukommt. Die Erwartungen der neuen Wähler werden groß sein, aber noch größer die Enttäuschung, wenn die Grünen nicht die gewünschten Ergebnisse liefern können. Stuttgart 21 könnte dafür der erste Testfall werden.

